



Ralph Edelhäuser
Mitglied des Deutschen Bundestages
Erster Bürgermeister a.D.

Ralph Edelhäuser MdB * Platz der Republik 1 * 11011 Berlin

Bundesministerium für
Wirtschaft und Klimaschutz
Parlamentarischer Staatssekretär
Stefan Wenzel MdB
Scharnhorststr. 34-37
11019 Berlin

14.12.2022

**„Ersatzneubau der 380-kV-Leitung: Raitersaich - Altheim“
der Firma TenneT GmbH / Umspannwerk Ludersheim**

Sehr geehrter Herr Parl. Staatssekretär Wenzel,
verehrter Herr Kollege,

die Regierungen von Mittelfranken, Ober- und Niederbayern sowie der Oberpfalz haben das Raumordnungsverfahren (ROV) für das Vorhaben „Ersatzneubau der 380-kV-Leitung; Raitersaich – Altheim“ der Firma TenneT GmbH (TenneT) mit einer positiven landesplanerischen Beurteilung abgeschlossen, so dass die Raumverträglichkeit für das Gesamtvorhaben bestätigt ist. Aktuell wird an der Grobtrassierung gearbeitet, die Anfang 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Anschließend wird mit der Feintrassierung begonnen und im Rahmen der Erstellung der Planfeststellungsunterlagen umweltfachliche sowie bautechnische Untersuchungen vorgenommen.

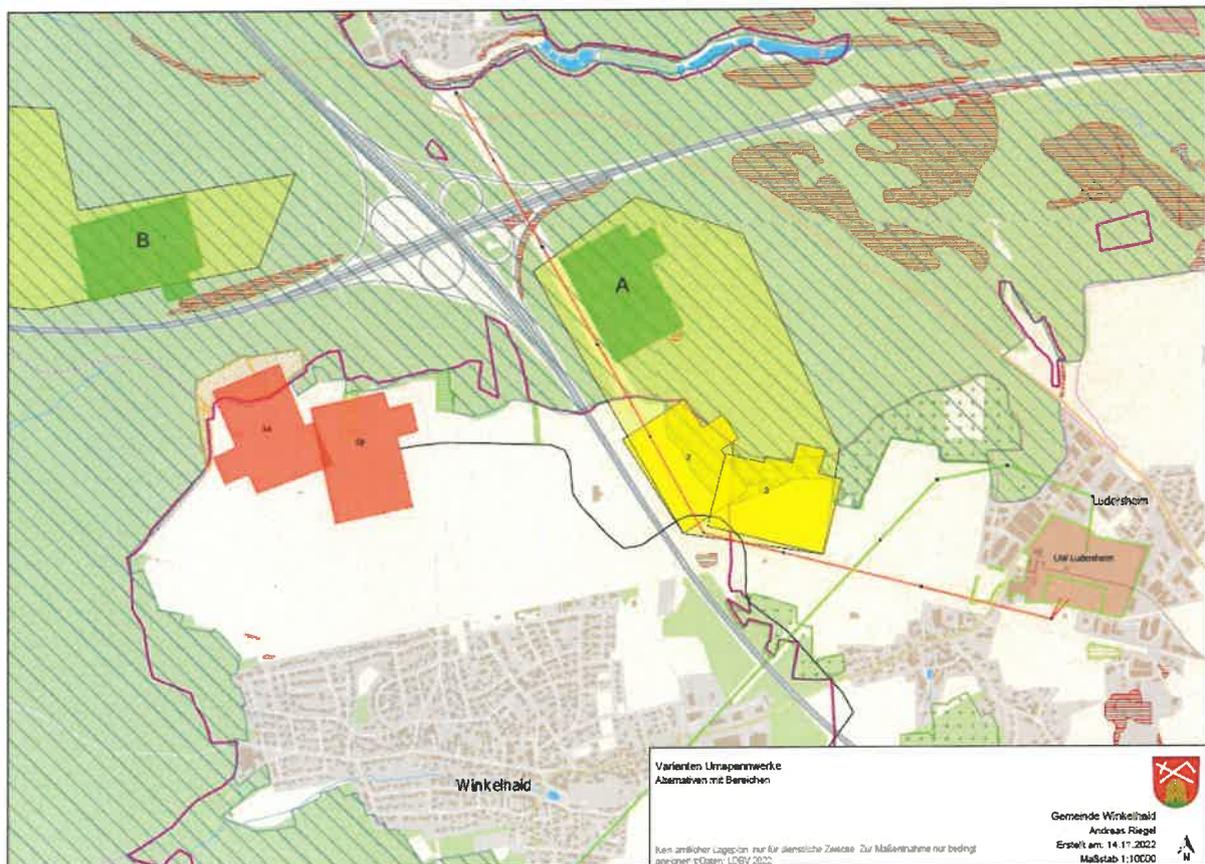
Von der Bundesnetzagentur wird immer wieder auf die Notwendigkeit dieser Trasse hingewiesen. In den betroffenen Kommunen meines Wahlkreises 246 Roth regt sich jedoch weiterhin erheblicher Widerstand gegen diese Ausbaupläne. Dabei wird vorgebracht, dass dieser Ersatzneubau letztlich nicht nötig und eine Stärkung der dezentralen Energieerzeugung ausreichend sei, um den Energiebedarf in Bayern bzw. in Süddeutschland decken zu können. Diese ablehnende Position teilt bis dato auch der regionale Energieversorger N-ERGIE aus Nürnberg.

Ich bitte Sie daher um eine Einschätzung bzw. Stellungnahme, ob aus Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz diese Stromtrasse (Juraleitung/P53) für die Energiesicherheit Bayerns unumgänglich ist und falls ja, welche Gründe hierfür ausschlaggebend sind.

Ferner sind für den Betrieb solcher Hochspannungsleitungen entsprechend dimensionierte Umspannungswerke notwendig. Der Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO (220-kV-Ebene) betreibt hier gemeinsam mit den Verteilnetzbetreibern (110-kV-Ebene) Bayernwerk AG und N-ERGIE AG das Umspannwerk in Ludersheim (Stadt Altdorf). Der geplante „Ersatzneubau der 380-kV-Leitung; Raitersaich – Altheim“ macht ein neues Umspannwerk im Bereich Ludersheim erforderlich.

Es ist geplant, dass die Firma TenneT Anfang des kommenden Jahres ihren Vorzugsstandort für das geplante neue Umspannwerk verkünden wird. Aktuell werden hierfür vier verschiedene Flächen (1a / 1b, 2 und 3) betrachtet.

Aus Sicht der betroffenen Kommunen Winkelhaid und Altdorf b. Nürnberg bedeuten diese Standorte erhebliche Beeinträchtigungen und werden von der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht mitgetragen. Davon habe ich mich selbst bei vor Ort Terminen überzeugen können. Eine ausführliche Stellungnahme der Gemeinde Winkelhaid zur Problematik dieser Standorte füge ich als Anlage hinzu. Ich teile diese Bewertung ausdrücklich und bitte daher darum, die aktuell als Option im Raum stehenden Flächen nicht weiter zu verfolgen. Ich unterstütze dagegen den fachlich fundierten Vorschlag der Gemeinde Winkelhaid, für das neue Umspannwerk einen alternativen Standort (A oder B) westlich oder östlich des Autobahnkreuzes Altdorf im Bereich der Bayerischen Staatsforste zu finden, der keine Einschränkungen für die jeweilige Bevölkerung bedeuten würde.



Aus meiner Sicht sprechen hierfür mehrere Gründe:

- Auf allen Standorten sind Flächen innerhalb eines Natura 2000 – EU Vogelschutzgebietes betroffen. Auch im Bereich der Trasse ist dies bereits der Fall. Nachdem dieses Projekt erhebliche Beeinträchtigungen hervorruft, wäre dies nach § 34 Abs. 2 BNatschG unzulässig. Jedoch gibt es nach § 34 Abs. 3 BNatschG die Möglichkeit, das Projekt dennoch zuzulassen, wenn dies aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses – einschließlich sozialer und wirtschaftlicher Art – notwendig ist und es keine zumutbaren Alternativen gibt.

Dies sehe ich hier gegeben, weil die Alternativstandorte 1a bis 3 für die Umgebung einen unverhältnismäßigen hohen Tribut zur Energiewende fordern und deren Zukunftsfähigkeit massiv gefährden würden.

- Die Varianten 2 und 3 machen kürzere Leitungen im Bereich der Erdverkabelung und zur Anbindung ans Umspannwerk Ludersheim möglich. Dies wäre auch bei der Alternative A noch der Fall. Alle Varianten östlich der Bundesautobahn A3 hätten den Vorzug, dass die Autobahn nur mit der 380 kV-Trasse gekreuzt werden muss und nicht mit drei Leitungen. Die Alternative A liegt zu 100 % im Staatsforst, so dass sich hier von Seiten des Netzbetreibers nur mit den Staatsforsten zu einigen wäre. Dies würde dann auch eine Genehmigung im Verfahren nach dem BImSchG ermöglichen. Außerdem würde es so zu keinen Enteignungen kommen müssen, was wiederum ein Kriterium für die Unzumutbarkeit von anderen Standorten sprechen würde. Außerdem würde sich hier auch eine Leitungsmithnahme auf der bestehenden 110 kV-Trasse zur Anbindung des Umspannwerks Ludersheim anbieten.
- Variante B würde hingegen einen längeren Trassenverlauf nach sich ziehen und die Autobahnen A6 und im weiteren Verlauf auch die A3 kreuzen. Der Standort würde aber von allen am wenigsten wahrgenommen werden und hätte ebenfalls nur die Staatsforste als Eigentümer. Im Zuge einer höheren Akzeptanz durch weniger Wahrnehmung sollte dieser Standort ebenfalls mit in Betracht gezogen werden. Auch hier wäre der Freistaat Bayern der Alleineigentümer der betroffenen Fläche.

Angesichts dieser Argumente bitte ich Sie darum, sich dafür einzusetzen, dass die Standorte A und B als alternative Standorte für ein neues Umspannwerk mit in die Planungen aufgenommen und geprüft werden. Die bisher betrachteten Standorte sollten dagegen nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir sind uns einig, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele die erneuerbaren Energien ausgebaut werden müssen. Dies gelingt allerdings nur, wenn die dafür nötigen Großprojekte von der Bevölkerung akzeptiert und mitgetragen werden. Mir sind die Sorgen und Ängste der betroffenen Kommunen und deren Bewohner sehr wichtig und hoffe daher auf Ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit. Es darf einfach nicht sein, dass mit diesem Projekt die Zukunftsfähigkeit von Kommunen wie z.B. der von Winkelhaid aufs Spiel gesetzt wird.

Gerne möchte ich Sie zu einem Vororttermin in meinen Wahlkreis einladen, damit Sie sich vor Ort ein eigenes Bild machen können.

Für Ihre Unterstützung bedanke ich mich im Voraus und freue mich auf eine Antwort von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

